

Neues aus Hannover

Brigitte Somfleth, SPD-Landtagsabgeordnete

Juli 2008



Für Fragen oder Anregungen wendet Euch gerne an mich oder meine Wahlkreisbüro-Mitarbeiterin:

Marianne Landeck

Buchenhain 34
21217 Seevetal
Tel.: 040 768 71 34
Fax: 040 768 99 416
Brigitte.Somfleth@t-online.de

In dieser Ausgabe findet Ihr Artikel zu diesen Themen:

Lehrerarbeitszeitkon-	2
Asse II	3
Elbvertiefung	4
Artensterben	4
Gesamtschulverbot	5
Kinderbetreuung	5
100-Tage-Bilanz	6
Kinderschutz	6
Studiengebühren	6
Spielbanken	6
Bürgerpreis 2008	7
Plenarsaal-Umbau	8
Fahrt nach Hannover	8

Liebe Genossinnen und Genossen,

kurz vor der Sommerpause erreicht euch noch ein neuer Rundbrief, der erste in der 16. Legislaturperiode.

Die Wahl liegt nun sechs Monate zurück, die Arbeit im niedersächsischen Landtag wird mit neuen und alten Gesichtern fortgesetzt. Personell unverändert blieb die Landesregierung. Die einzige Neuerung ist, dass zwei Minister ihre Ressorts getauscht haben — was die Sache aber auch keinen Deut besser machte.

Bei aller Kritik an der Gegenseite haben auch wir uns als SPD-Landtagsfraktion und als einzelne Abgeordnete einer Selbstkritik gestellt. Denn eines ist klar: Mit dem Ausgang der Wahl sind wir höchst unzufrieden. Das schlechte Wahlergebnis von 2003 wurde mit nur 30,3% der Zweitstimmen 2008 sogar noch „übertroffen“. Auch die niedrige Wahlbeteiligung von 57,1% ist erschütternd.

Der Bericht der Auswertungskommission, die das Wahlergebnis für den SPD-Bezirk Hannover ausgewertet hat, zeigt uns, dass das Wahlergebnis nicht die Stärke der CDU ausdrückt, denn auch diese hat erhebliche Stimmenverluste hinnehmen müssen. Vielmehr drückt es die Schwäche der SPD aus, die eigenen Inhalte nicht gut genug präsentiert zu haben. So war es zum Beispiel schwierig, unser detailliertes Schul- und Bildungskonzept in einfacher Form darzustellen. Es ist uns auch nicht gelungen, bis zur Wahl eine Zuspitzung der zur Wahl stehenden Alternativen wirklich deutlich zu machen. Das kann uns einerseits frustriert stimmen, andererseits auch

hoffnungsvoll: Denn die Überzeugung, dass wir die besseren Konzepte für unser Land haben, ist ungebrochen. Es muss uns jedoch in Zukunft gelingen, dies besser zu vermitteln.

Unser Ziel, das Direktmandat im Wahlkreis 51 zurück zu gewinnen, konnte ich leider nicht erreichen, mein persönliches Ergebnis ist jedoch nicht nur negativ, da ich den Abstand zu meinem CDU-Mitbewerber im Vergleich zur Wahl 2003 halbieren konnte. Auch mein persönliches Ergebnis bei den Erststimmen hat sich gegenüber 2008 sogar ein wenig verbessert, während die Partei leider Verluste hinnehmen musste.

Nun bin ich in meiner 4. Amtsperiode in Hannover tätig und kümmere mich weiter engagiert um die Belange der Bürgerinnen und Bürger aus meinen drei Gemeinden. Ich setze auch meine Arbeit im Präsidium des Niedersächsischen Landtages, dem höchsten Gremium des Parlaments, fort. Zudem arbeite ich im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz und wirke auch im neu eingerichteten Querschnitts-Arbeitskreis für Integrationsfragen mit. Das alles ist ein Mix aus alten und neuen Aufgaben, denen ich mich mit sehr viel Freude stelle.

Nun wünsche ich auch Euch eine erholsame Sommerpause, in der wir alle die Kräfte sammeln, die wir für die anstehenden Projekte brauchen werden!

Eure

Erfolg für 11 000 Demonstranten

Einen peinlicheren Start hätte die neue Kultusministerin Heister-Neumann (CDU) wirklich nicht hinlegen können. Mit einem dreisten Vorschlag zur Verschiebung des Ausgleichs für die geleisteten Überstunden hat sie zu Recht den Zorn der Lehrerinnen und Lehrer in ganz Niedersachsen auf sich gezogen. Die Demonstration in Hannover war ein riesiger Erfolg.

Hintergrund der wütenden Proteste, in dem zum ersten Mal die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und der konservative Philologenverband seit an Seit marschierten, ist die erste Amtshandlung der neuen Kultusministerin zum Lehrerarbeitszeitkonto.

Seit 1998 haben niedersächsische Lehrerinnen und Lehrer je nach Schulform unentgeltlich eine bis zwei Stunden in der Woche mehr Arbeit geleistet. Dadurch sind im Laufe der Jahre 410 000 Überstunden angesammelt worden, die ab dem Schuljahr 2008/2009 nun abgebummelt werden sollten. Das war allen Lehrerinnen und Lehrern versprochen worden und dieses Versprechen nicht einzulösen wäre eine Verspottung aller, die in den letzten Jahren dem Land einen großen Dienst erwiesen haben.

Dennoch tat Heister-Neumann genau das: Ihr Vorschlag sah vor, dass mehrgeleistete Arbeit nicht wie versprochen ab dem nächsten Schuljahr, sondern erst kurz vor der Pensionierung ausgeglichen werden sollte. Das hätte für jüngere Kolleginnen und Kollegen eine Verschiebung des Ausgleichs um bis zu 35 Jahren bedeutet!



Der dreiste und völlig unakzeptable Vorschlag der Ministerin löste zu Recht einen stürmischen Protest der Betroffenen aus und führte zu einer der größten Lehrerdemonstrationen der Landesgeschichte am 8. Mai nach Schulschluss in Hannover. Die Organisatoren hatten mit 6 000 Teilnehmern gerechnet - tatsächlich kamen über 11 000 Demonstranten aus dem

ganzen Land angereist. Und das, obwohl die Ministerin schon zwei Tage zuvor angesichts der großen Wutwelle, die ihr entgegen schlug, eingeknickt war. Doch da das Vertrauen völlig zerschlagen ist, wollte sie sich auf mündliche Zusagen der Ministerin niemand mehr verlassen.



Mit ihrem zweiten Vorschlag ruderte die Ministerin also zurück. Wollen die Kolleginnen und Kollegen wie ursprünglich versprochen, die Stunden ab nächstem Schuljahr ausgleichen, müssen sie dazu jedoch einen Antrag stellen. Das bedeutet einen völlig unnötigen Mehraufwand an Bürokratie.

Außerdem hält die Ministerin immer noch daran fest, die Lehrerschaft vom ursprünglich versprochenen Ausgleich abzuhalten, indem sie eine Verzinsung der Stunden anbietet, wenn der Ausgleich um weitere vier Jahre verschoben wird. Auch eine finanzielle Erstattung soll möglich sein. Doch wer wird sich angesichts des hier erlebten Wortbruchs der Ministerin noch auf eine solche Zusage verlassen wollen, von der sich erst in vier Jahren zeigen wird, ob die Landesregierung zu ihrem Wort steht?

Die Panne der Ministerin kommt die Landesregierung also teuer zu stehen. Das Vertrauen zu den Lehrerinnen und Lehrern im Lande ist zerstört. Das konnte Frau Heister-Neumann auch am eigenen Leib erfahren, als sie sich am 8. Mai unter die Demonstranten mischte: Ein ohrenbetäubendes Pfeifkonzert schallte ihr entgegen.

Die entschlossene Haltung der Lehrerinnen und Lehrer, die sich bei der Demonstration eindrucksvoll zeigte, hat schließlich zum Erfolg geführt. Auch wurde vielerorts darauf hingewiesen, dass die Landesregierung die Probleme nicht an ihren Ursachen bekämpft: Denn Überstunden waren nötig, weil Lehrer fehlten. Ausreichende Neueinstellungen sind aber heute das Gebot der Stunde.

Skandal um Asse II: Ein Atommülllager säuft ab

Eine miserable und unverantwortliche Informationspolitik mussten wir im Falle des Forschungsendlagers für radioaktiven Müll erleben. Im ehemaligen Salzbergwerk Asse II lagert radioaktive Salzlauge, die die zulässigen Grenzwerte zum Teil um das Elffache übersteigt. Für den Betreiber zwar kein Grund zur Aufregung, für uns als Abgeordnete der Opposition dafür umso mehr. Nun steht eine Aufklärung darüber an, wie sicher die Asse wirklich ist und welches Vertrauen wir dem Betreiber noch schenken können.

Seit Jahren warnen Anwohner und Umweltschützer davor, dass das Versuchsendlager für schwach- und mittelradioaktiven Atommüll im Landkreis Wolfenbüttel „absäuft“. Nun bestätigen sich all ihre Befürchtungen. Denn offenbar dringen täglich bis zu 12,5 Kubikmeter Salzlauge in das ehemalige Salzbergwerk ein – ein See dieser Lauge hat zeitweilig den zulässigen Grenzwert für Radioaktivität um das Elffache überschritten. Die Öffentlichkeit wurde darüber zunächst nicht informiert — stattdessen pumpte der Betreiber, das Helmholtz-Zentrum in München, die radioaktive Flüssigkeit in 975 Meter Tiefe. Die Erklärungen des Betreibers sind schier unglaublich, da es von dort nur heißt, man habe unterschätzt, dass besonderes öffentliches Interesse an dem Vorfall mit der radioaktiv verseuchten Lauge bestehe.

Im Fall Asse II ist vieles ungeklärt. Nicht nur, dass noch unklar ist, woher die radioaktive Lauge stammt, sondern es ist nach wie vor undurchsichtig, worüber das zuständige Landesbergamt und das Umweltministerium (Aufsichtsbehörde für das Landesbergamt) tatsächlich informiert waren. So heißt es, dass Umweltministerium habe nur von der so genannten „Verpressung“ auf die tiefere Sole gewusst, jedoch nichts von der vielfach überhöhten Grenzwertüberschreitung.

Die unzureichende Informationspolitik und die unzumutbare Schuldzuweisungen zwischen den Verantwortlichen ist eine Frechheit gegenüber den Anwohnern vor Ort, die ein Recht darauf haben, schnellstmöglich und umfassend über solche Vorkommnisse informiert zu werden. Schließlich liegen in der Asse über 125 000 Fässer mit fast 47 000 Kubikmetern radioaktivem Abfall. Die Betriebsicherheit ist laut dem früheren Betreiber GSF nur bis zum Jahr 2014 nachgewiesen — mit dem jetzigen Vorfall gerät auch diese Aussage ins Wanken. 2013 soll die Asse geschlossen werden, deshalb will der Bestreiber das Werk mit einer Magnesium-Chlorid-

Lösung fluten, um es zu stabilisieren. Wie sicher diese Maßnahme wirklich ist, wird von Kritikern bestritten. Doch angesichts des zeitlichen Drucks wird nun darauf gedrängt, das Schließungskonzept so schnell wie möglich zu beschließen. Es ist also zu befürchten, dass Alternativen wie z.B. die trockene Einlagerung oder eine teilweise oder gar vollständige Ausräumung gar nicht mehr in Betracht kommen. Für die Betreiber und die Behörden, die hier unzureichend gearbeitet haben, wäre das Problem wohl auf diesem Wege am schnellsten gelöst. Für die Anwohner könnte sich das Problem dadurch jedoch noch erheblich verschlimmern. In der Opposition des niedersächsischen Landtages reifen währenddessen

Pläne für einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss. Die SPD-Fraktion gibt den Verantwortlichen jedoch zunächst die Möglichkeit, alle Versäumnisse darzulegen. Sollte bei der Aufklärung jedoch gemauert werden, wird sich die SPD auch für den parlamentarischen Untersuchungsausschuss stark machen. Unsere von außen teils als zögerlich

wahrgenommene Haltung zum Untersuchungsausschuss hat einen einfachen formalen Grund: Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss kann nur das untersuchen, wozu er beauftragt wurde. Sollten nun noch weitere Details bekannt werden, die zusätzliche Fragen aufwerfen, hat der Ausschuss keine Möglichkeit weiteren Fragen nachzugehen. Aus diesem Grund setzt die SPD im Interesse der vollständigen Aufklärung auf eine transparente Aufarbeitung der Versäumnisse seitens aller Verantwortlichen. Trotz des Skandals um Asse II, bemühen sich die Landesregierung und die Regierungsfaktionen, einen Zusammenhang zwischen den Vorkommnissen in der Asse und dem generellen Betrieb von Atomkraftwerken abzustreiten. Wie eng diese beiden Fragen miteinander verknüpft sind, liegt jedoch auf der Hand: Atomkraftwerke produzieren atomaren Abfall und für genau den haben wir noch keine geeigneten, sicheren Lösungen. Ganz im Gegenteil: Das Entsorgungsproblem wird mit jedem zusätzlich produzierten atomaren Abfall größer und drängender. Auch die unmittelbaren Auswirkungen auf die Endlagerdebatte Gorleben ignoriert die Landesregierung. Die Atomlobby hat immer wieder versichert, die Lagerung im Wirtsgestein Salz sei sicher. Zum Teil sind die Gutachter, die versichert haben, die Asse könne nicht absaufen, die gleichen, die sagen, dass Gorleben als Endlager geeignet sei. Wie vorsichtig wir also mit solchen Äußerungen der Atomlobby umgehen müssen, hat uns der Vorfall in der Asse wieder einmal schmerzlich bewiesen.

Asse II beweist aufs Neue: Wir haben für den Atommüll keine geeignete Lösung. Neue Abfälle zu produzieren wäre fatal.

„Schlickfalle“ als erster Schritt zur Elbvertiefung

Das Thema der Elbvertiefung bringt weiterhin tausende Bürgerinnen und Bürger auf die Barrikaden. Nun ist es die Schlickfalle, die die Gemüter erneut zu Recht erhitzt.

Zwei Kilometer lang und zwei Meter tief soll zwischen Wedel und Hanskalbsand die Schlickfalle in die Elbe gebuddelt werden. Das Gebiet liegt außerhalb Niedersachsens, doch machen die Folgen dieser Baumaßnahme selbstverständlich nicht vor den Ländergrenzen halt. Das Land Schleswig-Holstein und die Schifffahrtsverwaltung des Bundes sprechen von „reinen Unterhaltungsmaßnahmen“ gegen Verschlickung und Versandung des Hamburger Hafens. Doch wer sich seines gesunden Menschenverstandes bedient, kann bei der Tatsache, dass die Schlickfalle ausgerechnet dort entsteht, wo nach der geplanten weiteren Elbvertiefung die so genannte „Begegnungsbox“ für Großschiffe liegen soll, einfach nicht von einem Zufall ausgehen. Empörend für all diejenigen, die eindringlich vor den neuen Gefahren für Deichsicherheit, ökologischem Gleichgewicht und auch ökonomischen Folgen für Obstbauern warnen, da sich durch die Vertiefung die Brackwasserzone von der Elbmündung weiter flussaufwärts verschoben wird, ist die Haltung der niedersächsischen

Landesregierung, vor allem des niedersächsischen Umweltministers Sander, der keinen Zusammenhang zur Elbvertiefung sieht, auch wenn ausgerechnet an der Stelle der geplanten „Begegnungsbox“ gearbeitet würde, und hält die Maßnahmen sogar für ökologisch vernünftig. Um Detailinformationen zu erhalten, haben die Umweltpolitiker der SPD-Fraktion im Juni in einer kleinen Anfrage von der Landesregierung wissen wollen, ob sie die Meinung des Landrates des Landkreises Stade teilt, dass bei einem solchen Projekt eigentlich ein wasserrechtliches Prüfverfahren bzw. ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt werden müsste. Zudem wollen wir wissen, wie sich die Elbvertiefung durch die Schlickfalle auf die Strömungsgeschwindigkeit der Elbe auswirkt und ob die Standfestigkeit der Deichanlagen beeinträchtigt wird.

Der Landkreis Stade hatte beim Oberverwaltungsgericht Hamburg Klage eingereicht, die Klage wurde jedoch wegen Nicht-Zuständigkeit an das Verwaltungsgericht Schleswig verwiesen. Die Entscheidung des Gerichts wird mit Spannung erwartet. Sie kommt verspätet, denn die inzwischen unterbrochenen Baggerarbeiten sind bereits zu 3/4 vollzogen.

Stop dem Artensterben!

Schon zwei Grad Celsius Erderwärmung führen zum Verlust eines Drittels aller heute lebenden Arten - mit dieser Rechnung warnt der Weltklimarat vor dem drohenden Artensterben. Die Fraktionen von SPD und Grünen fordern deshalb einen Beitrag des Landes Niedersachsen zum Erhalt der Artenvielfalt.

Wie eng Naturschutz und Klimaschutz miteinander verknüpft sind, zeigt uns der Teufelskreis, dass die Vernichtung von Wäldern und Mooren den Klimawandel beschleunigt, weil wichtige CO₂-Speicher verloren gehen, und die Erderwärmung wiederum eine Bedrohung für viele Tier- und Pflanzenarten darstellt. Diesen Teufelskreis gilt es zu durchbrechen.

Die Bundesregierung hat im November 2007 eine nationale Strategie zur biologischen Vielfalt beschlossen. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel hat einen eindringlichen Appell an alle Entscheidungsträger gerichtet, endlich zu handeln. Erfolge können jedoch nur erreicht werden, wenn alle an einem Strang ziehen. Um aber Industrie, Handel und auch die Verbraucher mit ins Boot zu holen,

muss selbstverständlich jede Landesregierung dem Vorbild der nationalen Strategie der Bundesregierung folgen. Die niedersächsische CDU/FDP-Landesregierung lässt dies leider vermissen. Deshalb diskutieren wir nun im Umweltausschuss einen Entschließungsantrag der Grünen, nach dem die Landesregierung endlich einen Aktionsplan zum Erhalt der biologischen Vielfalt vorzulegen hat. Dieser soll dazu beitragen, u.a. den Rückgang der biologischen Vielfalt und die Degradierung von Lebensräumen zu stoppen und auf mindestens 5% der Waldfläche eine natürliche Waldentwicklung zu zulassen. Zahlreiche weitere Ziele soll dieser Aktionsplan enthalten und gleichzeitig auf der Feststellung basieren, dass Gentechnik nicht mit dem Erhalt der biologischen Vielfalt vereinbar ist.

Der Erhalt der Artenvielfalt hat zweifelsohne eine enorme Bedeutung und muss deshalb als Querschnittsaufgabe in zahlreiche Politikbereiche implementiert werden, dazu gehören zum Beispiel auch die Land- und Forstwirtschaft, Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnungsbau und Tourismus.

Gesamtschulen: Landesregierung macht aus einem Verbot ein Verhinderungsgesetz

Es war eine dieser Versprechen, die Ministerpräsident Christian Wulff noch kurz vor der Wahl machte: Das Verbot für die Neuerrichtung von Gesamtschulen wird abgeschafft. Viele Eltern, die dafür seit Jahren kämpfen, sahen sich kurz vor dem Ziel. Doch nun wird deutlich, dass die Landesregierung die Gesamtschulen weiterhin nicht haben will.

Die Hürden, die die neue Regelung für die Errichtung von Gesamtschulen macht, sind vielerorts unüberbrückbar. Dass Gesamtschulen mindestens fünfzünftig starten sollen, zeigt deutlich, dass aus dem Gesamtschulverbot nur ein Gesamtschulverhinderungsgesetz geworden ist. Zudem sind Neugründungen nicht wie ursprünglich versprochen zu diesem Schuljahr, sondern durch Verzögerungstaktiken erst zum Schuljahr 2009/2010 möglich. Das ist eine große Enttäuschung für viele Eltern.

Als völlig absurd ist es zu verstehen, dass die Neugründung auch vom einem so genannten ‚qualifizierten‘ Elternwillen abhängen soll, was im Klartext bedeutet, dass sich bereits Eltern von Kindern im Kindergartenalter für eine Schule entscheiden sollen, die es im Moment noch gar nicht gibt.

Die SPD unterstützt die zahlreichen Initiativen für mehr Gesamtschulen und steht weiterhin für die uneingeschränkte Möglichkeit für Gesamtschulgründungen ein. Maßgeblich soll allein der Elternwille vor Ort sein. Und wie groß der Wunsch vieler Eltern nach einem Platz an einer Gesamtschule für ihr Kind ist, zeigt uns das Beispiel der Integrierten Gesamtschule Schaumburg, die vier von fünf Schülern bei der Anmeldung ablehnen musste.

Der von der Landesregierung vorgelegte Gesetzentwurf ist somit für uns ein ganz fauler Kompromiss!

Niedersachsen in der Kinderbetreuung Schlusslicht

Nach einer Studie der Bertelsmann Stiftung belegt Niedersachsen im Ländervergleich mit seiner Kinderbetreuungssituation den vorletzten Platz und ist das Schlusslicht aller Flächenländer.

Die aktuelle Untersuchung hat frühkindliche Bildungssystem in Deutschland miteinander verglichen und sich dabei auf die Schwerpunkte Teilhabe, Qualität und Investitionen konzentriert. Das Ergebnis ist für Niedersachsen niederschmetternd und bestätigt die Kritik, die die SPD schon lange an der Regierungspolitik übt: Versäumnisse in der Kinderbetreuung kann sich kein Bundesland leisten, da hier die Weichen für die Bildungschancen von Kindern gestellt werden.

Die Teilnehmerquote bei den Dreijährigen liegt in Niedersachsen unter 70%, während andere Bundesländer Quoten von über 90% aufweisen. Auch bei den Ausgaben für Bildung und Betreuung erzielt Niedersachsen beschämende Ergebnisse: Die Landesregierung gibt nur 37% von der Summe aus, die Berlin für seine Kinder zur Verfügung stellt.

Die Hoffnung ist groß, dass diese alarmierenden Zahlen nun endlich auch bei CDU und FDP ange-

kommen sind und ein Aktionsplan vorgelegt wird, damit in Niedersachsen dieser Rückstand so schnell wie möglich aufgeholt werden kann. Es wäre geradezu absurd, wenn die Bildungschancen eines Kindes davon abhängen, in welchem Bundesland sie aufwachsen.

Es ist frappierend genug, dass uns immer wieder bestätigt wird, wie sehr die soziale Herkunft über die Bildungschancen von Kindern entscheidet. Leider bestätigt uns der Zusammenhang zwischen Herkunft und Bildungserfolg auch der neu vorgelegte Bildungsbericht. Er zeigt noch einmal deutlich, dass die Chancenungleichheit wächst. Besonders schlechte Bedingungen bestehen für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund und auch für junge Männer, die keinen oder einen schlechten Hauptschulabschluss haben.

Angesichts dessen, dass uns jede weitere Studie und jeder Bericht neu verdeutlichen, wie alarmierend die Situation ist, wird der Mangel an einem Gesamtkonzept für Bildung in Niedersachsen immer deutlicher.

Die Landesregierung muss handeln und endlich einsehen, dass Ausgaben für Bildung keine Kosten, sondern Investitionen in die Zukunft sind!

In Niedersachsen fehlt es an einem Gesamtkonzept für Bildung

100-Tage-Bilanz der CDU/FDP-Landesregierung

Die SPD-Fraktion in Niedersachsen zieht eine durchweg negative Zwischenbilanz nach 100 Tagen schwarz-gelber Landespolitik.

Als Abgeordnete im Landtag haben wir hautnah miterlebt, wie chaotisch die neue Landesregierung in ihre zweite Amtszeit gestartet ist. Vor allem Unzuverlässigkeit und Unglaubwürdigkeit - zum Beispiel bei der Neuregelung zu den Lehrereinsatzkonten - zeichnen die amtierende Landesregierung aus. Auch in

Unglaubwürdigkeit und Unzuverlässigkeit - vor allem dadurch zeichnet sich die Landesregierung aus

der Debatte um die Gesamtschulen gab sie kein gutes Bild ab. Auf dieser Seite finden sich mit dem Entwurf zum neuen Kinderschutz-Gesetz und der dogmatischen Haltung zu den Studiengebühren weitere Beispiele für die Fehlleistungen der Landesregierung.

Diese erste Zwischenbilanz lässt uns für die kommenden Jahre zwar nichts Gutes erwarten, aber die Hoffnung stirbt ja bekanntlich zuletzt.

Kinderschutz-Gesetz schützt nicht

Der Entwurf der Landesregierung zum neuen Kinderschutzgesetz, das Sozialministerin Ross-Luttmann im Juni vorgelegt hat, verfehlt das Ziel, Kinder vor Vernachlässigung tatsächlich zu schützen.

Die SPD fordert fünf regelmäßige Pflichtuntersuchungen bis zum Grundschulalter für alle Kinder. Denn nur so fallen Kinder, die von Vernachlässigung betroffen sind, rechtzeitig auf. Aber anstatt den öf-

fentlichen Gesundheitsdienst mit den Pflichtuntersuchungen zu betrauen und entsprechend auszubauen, sollen die Eltern, die der Einladung zu den Vorsorgeuntersuchungen nicht gefolgt sind, künftig den Jugendämtern gemeldet werden. Das Sozialministerium rechnet dabei mit ca. 16 000 Adressen, die künftig gemeldet würden, während Experten von bis zu 30 000 Adressen ausgehen. Das bedeutet eine erhebliche Mehrbelastung für die ohnehin schon personell und finanziell überlasteten Jugendämter.

Studiengebühren isolieren Niedersachsen

Der Druck auf den niedersächsischen Wissenschaftsminister Lutz Stratmann wächst weiter: Das Nachbarland Hessen hat die Studiengebühren abgeschafft.

Dadurch, dass Nachbarländer die Studiengebühren wieder abschaffen, kommen nicht nur keine Studenten aus anderen Ländern zu uns, es wandern auch viele junge Niedersächsinnen und Niedersachsen in diese Nachbarländern ab. Zudem ist es skandalös,

dass ausländische Studierende in Niedersachsen kein Darlehen für ihre Studiengebühren erhalten und dadurch um Niedersachsen einen großen Bogen machen. Der Hochschulstandort Niedersachsen verliert also immer weiter an Attraktivität für qualifizierte junge Leute.

Das Land Niedersachsen hat nur eine Chance, diese Entwicklung aufzuhalten: Es muss selbst die sozialunverträglichen Gebühren abschaffen!

Spielbankenverkauf-Desaster nimmt kein Ende

Die Folgen des übereilten Spielbankenverkaufs haben nun millionenschwere Auswirkungen: Durch Vertragszusagen, die die Landesregierung nicht einhalten kann, kommen nun vermutlich große Schadensersatzforderungen auf das Land zu.

Der Verkauf der Spielbanken hatte zwar seinerzeit 75 Millionen Euro in den Landshaushalt gespült, seit 2005 fehlt Niedersachsen jedoch die jährliche

Spielbankenabgabe von rund 6 Millionen Euro. Nun steht zu befürchten, dass der jetzige Eigentümer „Casino Austria international“ eine Summe im zweistelligen Millionenbereich fordert, weil im Vertrag auch die Möglichkeit des Online-Casinos zugesagt worden war. Im Glückspielvertrag, den alle Bundesländer — auch Niedersachsen — unterzeichnet haben, ist aber genau das verboten. Die Fehler der Landesregierung beim Vertragsabschluss kommen die Steuerzahler des Landes also teuer zu stehen!

Neues aus den Gemeinden: Bürgerpreis 2008 für das „Lesepaten-Projekt“

Unter dem Motto „Kinder fördern – in die Zukunft investieren“ wurde der diesjährige Bürgerpreis des Landkreises Harburg am 7. 7. 2008 in Winsen für ehrenamtliches Engagement verliehen.

Es waren 46 Bewerbungen eingegangen – das „Lesepaten-Projekt“ für die Gemeinden Rosengarten und Seevetal hat einen der ersten Preise in der Rubrik „Alltagshelden“ gewonnen.

Die Übergabe erfolgte im feierlichen Rahmen durch Monika Griefahn, MdB aus dem Landkreis Harburg.

„Wir sind stolz und glücklich über diese Ehrung“, so lautete die einhellige Meinung der zwölf Lesepatinnen und dem einen Lesepaten, die von mir in die Kreisstadt begleitet worden sind.

Vor knapp vier Jahren habe ich das Lesepaten-Projekt für Rosengarten und Seevetal ins Leben gerufen - mit dem Ziel, die Freude am Lesen zu wecken und die Kinder zum Lesen zu motivieren, denn Lesekönnen ist eng an das Lesenwollen geknüpft.

Ein wichtiger Aspekt in diesem Zusammenhang ist die Leseförderung bei den Kindern von 3 – 10 Jahren. Durch das Vorlesen soll möglichst schon vor Schulbeginn das Erlernen von Geduld, Ausdauer und Konzentrationsfähigkeit unterstützt werden.

Das Vorlesen mit den Kindern, in unterschiedlichen Altersgruppen, findet einmal wöchentlich für ca. eine Stunde in den Bücherhallen in Maschen und Meckelfeld bzw. in den teilnehmenden Einrichtungen in Seevetal, Rosengarten sowie angrenzenden Gemeinden statt. Insgesamt sind es z. Z. neun Kindertagesstätten und zwei Grundschulen, die sich am Projekt beteiligen.

Die Erfolge dieses Projektes zeigen sich darin, dass die Lesepaten im Laufe ihrer Arbeit eine überaus positive Resonanz erfahren. Auch wächst die Gruppe der Aktiven stetig, sodass Ausscheidende immer wieder durch Neuhinzukommende ersetzt werden können.

Die ehrenamtliche Arbeit mit den Kindern, ihnen Geschichten zu „schenken“ und dabei zu helfen, dass sie die „Lust am Lesen“ entdecken – erfüllt die Lesepaten mit Freude und Zufriedenheit. Durch die Verleihung des Bürgerpreises wird diese engagierte ehrenamtliche Arbeit der Lesepaten auf eine besondere Weise gewürdigt. Sicherlich wird diese Anerkennung dazu beitragen die Teilnehmerinnen und den Teilnehmer unseres Projektes darin zu bestärken, ihre wichtige Arbeit weiterhin fortzuführen.

Interessierte, die mitmachen möchten, sind in der Gruppe herzlich willkommen.



Es werde Licht...

Schlechte Luft, miese Akustik und kein Tageslicht - das alles „bietet“ der Plenarsaal des Niedersächsischen Landtages. Nun sollen endlich umfassende Baumaßnahmen, die 2003 vom damaligen Landtagspräsidenten Jürgen Gansäuser gestoppt worden waren, beschlossen werden.

Jährlich kommen bis zu 300 000 Besucherinnen und Besucher zu uns in den Niedersächsischen Landtag und sind zumeist entsetzt über die unzumutbaren Arbeitsbedingungen für Abgeordnete und Medienvertreter. Schon im Eingangsbereich, in der Portikushalle, werden die Mängel deutlich: Folien schützen vor Glasscheiben, die herunterzufallen drohen. Schlimmer kommt es dann im seit 46 Jahren baulich unveränderten Plenarsaal, in dem vom Tageslicht abgeschottet getagt werden muss.

Deshalb unterstützen nun alle fünf Fraktionen das Vorhaben, den Plenarsaal zu modernisieren und ein bürgernahes und offenes Parlament zu schaffen. Der Umbau des Leinenschlosses soll dabei die Geschichte

des Gebäudes und die Anforderungen an ein modernes Parlament zu gleichen Teilen berücksichtigen.

Um gerade für die Verknüpfung von Historischem und Modernem Anregungen zu bekommen, hat das Präsidium unter der Leitung von Landtagspräsident Hermann Dinkla zusammen mit Vertretern vom staatlichen Baumanagement, dem Landesamt für Denkmalpflege und des Landesrechnungshofes im Mai und Juni die Landtage in Hessen, Schleswig-Holstein, Thüringen und Bayern besucht. Leider habe ich nur an den Fahrten nach Wiesbaden und Kiel teilnehmen können, die für unsere Delegation aber sehr aufschlussreich waren.

Die große Chance beim Umbau liegt neben den dringend notwendigen Veränderungen auch darin, die Vorreiterrolle für Energieeffizienz einzunehmen.

Auch wenn der Landtag in diesem Jahr noch nicht im neuen Licht erstrahlt, freue ich mich dennoch über Besucherinnen und Besucher, die im September meiner Einladung nach Hannover folgen werden.

+ + + Fahrt nach Hannover + + +

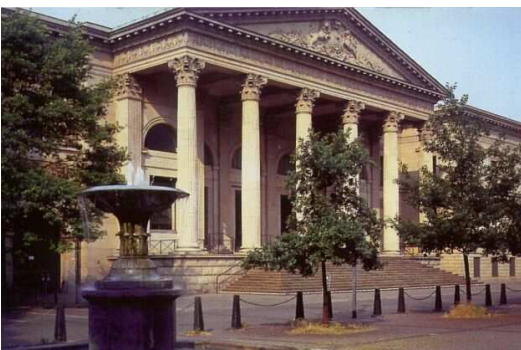
Mitglieder der SPD-Ortsvereine

lade ich herzlich ein

zu einem

Besuch im Niedersächsischen Landtag

am 16. September 2008



Zu dem Informationsbesuch gehören:

- Filmvorführung über die Arbeit des Landtages
- Besuch einer Plenardebatte
- Diskussion mit Abgeordneten
- Besuch einer Sehenswürdigkeit in Hannover

Es gibt nur noch 5 freie Plätze. Der Unkostenbeitrag beträgt 8 Euro.

Anmeldungen sind über mein Wahlkreisbüro möglich.